



# **Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 15.10.2020

Beginn: 17:01 Uhr

Ende: 18:25 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 16 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Oberbürgermeister Norbert Zeidler

Mitglieder:

Stadträtin Lucia Authaler  
Stadtrat Hans Beck  
Stadtrat Dr. Rudolf Brüggemann  
Stadtrat Philipp Edrich  
Stadträtin Steffi Etzinger  
Stadtrat Christoph Funk  
Stadtrat Ralph Heidenreich  
Stadtrat Ulrich Heinkele  
Stadträtin Manuela Hölz  
Stadtrat Dr. med. Rudolf Metzger  
Stadträtin Claudia Reisch  
Stadtrat Dr. Peter Schmid  
Stadtrat Peter Schmogro  
Stadträtin Silvia Sonntag  
Stadtrat Johannes Walter  
Stadtrat Dr. Manfred Wilhelm

entschuldigt:

Ortsvorsteher Tom Abele, Rißegg  
Baubürgermeister Christian Kuhlmann  
Ortsvorsteher Helmut Müller, Stafflangen  
Ortsvorsteher Alexander Wachter, Mettenberg

Verwaltung:

Andrea Appel, Gremien, Kommunikation, Bürgerengagement  
Ortsvorsteher Walter Boscher, Ringschnait  
Irene Emmel, Amt f. Liegenschaften u. Wirtschaftsförderung  
Sabine Engelhardt, Kulturamt

## Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 15.10.2020

Verena Fürgut, Amt für Bildung, Betreuung u. Sport  
Margit Leonhardt, Kämmereiamt  
Ursula Maerker, Stadt- und Hospitalarchiv  
Simon Menth, Persönlicher Referent des OB  
Erster Bürgermeister Ralf Miller  
Kulturdezernent Dr. Jörg Riedlbauer  
Renate Werner, Rechnungsprüfungsamt  
Wolfgang Winter, Bauverwaltungsamt

### Gäste:

Bosch, Schwäbische Zeitung  
Zepp, BIBERACH KOMMUNAL

**Tagesordnung**

<b>TOP-Nr.</b>	<b>TOP</b>	<b>Drucksache Nr.</b>
1.	Jugend Aktiv e.V.: Mobile Jugendsozialarbeit/ Streetwork - Unbefristete Weiterbewilligung einer 75%-Stelle und Jahresbericht für das Jahr 2019	2020/179
2.	Änderung der Satzung über die Benutzung der städt. Kindertageseinrichtungen vom 09.12.2002	2020/225
3.	Rezertifizierung "Familienbewusste Stadt Plus" im Jahr 2021 / Antrag der CDU Fraktion auf Erstellung eines Familienberichts	2020/173
4.	Digitalisierung historischer Biberacher Zeitungen	2020/222
5.	Bekanntgaben und Verschiedenes	
5.1.	Bekanntgaben und Verschiedenes - Absage Christkindlesmarkt	
5.2.	Bekanntgaben und Verschiedenes - Ablauf der Bürgerfragestunde	
5.3.	Bekanntgaben und Verschiedenes - Umweltpapier	

Die Mitglieder wurden am 01.10.2020 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Ratsinfosystem unter [www.ris-biberach.de](http://www.ris-biberach.de) ab 01.10.2020 ortsüblich bekannt gegeben.

**TOP 1. Jugend Aktiv e.V.: Mobile Jugendsozialarbeit/ Streetwork – Unbefristete Weiterbewilligung einer 75%-Stelle und Jahresbericht für das Jahr 2019 2020/179**

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 2020/179 zur Vorberatung vor.

BM Miller führt in das Thema ein und erklärt, dass sich die Organisations- und Führungsstruktur des Vereins geändert habe. Durch diese Änderung seien keine Gemeinderäte bei Themen bezüglich Jugend Aktiv befangen und können von nun an ganz normal an den Abstimmungen teilnehmen. Die Arbeit der Mobilen Jugendsozialarbeit sei sehr erfolgreich und für eine Stadt dieser Größenordnung angemessen, weshalb die Verwaltung die Weiterbewilligung der im Jahr 2018 eingeführten 75%-Stelle vorschläge.

StR Funk bezeichnet die Mobile Jugendsozialarbeit als notwendig. Aufgrund dessen werde die FDP-Fraktion der Entfristung zustimmen.

StRin Authaler äußert sich wie folgt: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zeidler, Herr Miller, Frau Fürgut, Herr König und Mitarbeiter, meine Damen und Herren. Zuerst einmal möchte ich im Namen der CDU Fraktion – aber ich denke auch im Namen aller hier – den neuen 1. und 2. Vorsitzenden von Jugend Aktiv gratulieren. Lieber Herr Lahode und Herr Nestle, vielen Dank für die Bereitschaft dieses Amt zu übernehmen und Jugend Aktiv zu unterstützen. Die sehr ausführliche Vorlage zeigt deutlich, wie wichtig diese Arbeit ist und man sieht: Es zieht sich durch alle Gesellschaftsschichten. Das ist doch wichtig zu erwähnen, weil immer alle denken nur der Migrationshintergrund sei das Klientel. Der Bedarf allgemein ist größer denn je, daher sind die drei Beschlussanträge nachvollziehbar. Bei der Finanzierung könnte – beziehungsweise müsste – sich der Landkreis mehr beteiligen und sie schreiben sehr höflich, dass sie das thematisieren wollen. Mal sehen was dabei herauskommt, denn die Zukunft könnte auf mehr notwendigen Stellen ausgelegt sein, die dann eben mal der Landkreis finanziert. In den Anlagen 1 und 2 steht sehr ausführlich und detailliert geschrieben wo wir derzeit stehen und welche Themen und Problemlagen in der Stadt vorkommen. Es macht mich ganz betroffen zu lesen, dass die eigentlichen Jugendlichen immer öfter Kinder sind und auch viele junge Mütter betreut werden müssen. Das ist neu und scheint leider mehr zu werden. Außerdem brauchen Kinder andere Ansprechpartner und oftmals ist es so – Sie schreiben es – dass die Eltern oder die Mutter keine Zeit finden. Das heißt für Sie: Ein neues Arbeitsfeld wird geöffnet und man benötigt entsprechende Kooperationspartner. Die Inhalte sind, für alle die so gar nicht verstehen was Mobile Jugendarbeit heißt, aufschlussreich. Leider lässt die Pandemie vieles derzeit nicht zu. Zur Erklärung noch: Sind 57 Einsätze im Jahr auf der Straße viel oder wenig? Das war eine Frage in der Fraktion. Und: Sind die Treffpunkte immer dieselben oder ändern sich diese auch und wird dann entsprechend reagiert? Ihre Arbeit zeichnet sich über Vertrauen und Sympathie aus. Daher allen Mitarbeitern der Mobilen Jugendarbeit ein ganz persönliches Dankeschön. Ihr Job ist wirklich nicht alltäglich. Umso mehr freut es über einen Erfolg zu sprechen. Siehe Beispiel Kevin. Wir hoffen für Sie, dass die Stellen immer besetzt sind und nichts dazwischenkommt, denn man sieht wie wichtig es ist. Die Gesamtsituation muss im Blick bleiben und etwaige Entwicklungen müssen rechtzeitig erkennbar gemacht werden um entsprechend zu reagieren. Wir wünschen Ihnen von allen Seiten Unterstützung. Vielen Dank.“

StR Dr. Wilhelm erklärt die Zustimmung der Grünen-Fraktion zur Vorlage. Aus Ziffer 1 der Beschlussvorlage gehe nicht eindeutig hervor, dass es sich um eine unbefristete Weiterbewilligung

## Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 15.10.2020

handle. Dies solle noch ergänzt werden. Aufgrund des Jahresberichts für das Jahr 2019 lasse sich die Notwendigkeit der 2,75 Stellen in diesem Bereich sehr gut begründen. Es stelle sich der Fraktion noch die Frage, ob und wie die Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit funktioniere.

Aufgrund der absoluten Notwendigkeit und der hohen Aufgabendichte der Mobilen Jugendarbeit, sei die Entfristung der 75%-Stelle vollauf gerechtfertigt, erklärt StRin Reisch. Da auch Jugendliche aus dem Kreisgebiet zur Klientel der Mobilen Jugendarbeit gehören, sehe die Freie Wählerfraktion im Bereich der Mitfinanzierung Gesprächsbedarf mit dem Landkreis.

StR Dr. Metzger lobt die Vorlage und den Jahresbericht, da dadurch die Notwendigkeit der Entfristung gut nachzuvollziehen sei. Niemand solle für eine solch wichtige Aufgabe in einem befristeten Arbeitsverhältnis stehen. Angesichts des vielfältigen Aufgabengebiets sei es aus Sicht der Fraktion nicht gewiss, ob der derzeitige Stellenumfang auch langfristig ausreiche.

Um Irritationen zu vermeiden, erklärt OB Zeidler, dass die Beschlussvorlage unter Ziffer 1 geändert werde. Das Wort ‚Weiterbewilligung‘ solle durch das Wort ‚Entfristung‘ ersetzt werden.

Frau Gnann von Jugend Aktiv, erläutert, dass die Streetworker immer mittwochs und freitags unterwegs seien. Obwohl die Streetworker viel auf den Straßen unterwegs seien, bleibe trotzdem häufig zu wenig Zeit für einen intensiven Austausch. Auch solle die Privatsphäre der Jugendlichen nicht gestört werden.

Herr König von Jugend Aktiv, erklärt, dass der Verein ein umfangreiches Netzwerk aus Organisationen, Einzelpersonen und Verwaltung habe. Diese Zusammenarbeit müsse immer wieder neu begründet werden.

StR Schmogro stellt die Frage, ob die bestehenden Ressourcen genügen, um an den bekannten Hotspots ausreichend Präsenz zu zeigen.

Frau Gnann antwortet, dass mehr Personal wünschenswert sei, da die Mobile Jugendarbeit an einigen Hotspots sehr gut funktioniere, so wie derzeit zum Beispiel am Bahnhof. Die Jugendlichen dort seien sehr gesprächsbereit und es sei schade, wenn ein Gespräch aus Zeitgründen wieder enden müsse. Gleichzeitig gebe es jedoch auch Plätze, an denen die Mobile Jugendarbeit weniger gut greife.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

**Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß der modifizierten Beschlussvorlage der Verwaltung zu beschließen.**

**TOP 2. Änderung der Satzung über die Benutzung der städt. Kindertages- 2020/225 einrichtungen vom 09.12.2002**

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 2020/225 zur Vorberatung vor.

OB Zeidler setzt das Gremium darüber in Kenntnis, dieses Thema in der Sitzung am 16.11.2020 und nicht wie vorgesehen am 22.10.2020 zu beschließen, da den Gemeinderäten erst zu diesem Zeitpunkt der Haushalt 2021 bekannt sei. Dieses Vorgehen sei gemeinsam mit dem Ältestenrat entschieden worden.

BM Miller stellt den Tagesordnungspunkt anhand der dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügten Präsentation vor und erklärt, dass die derzeit sehr gute Versorgung, sowie die niedrigen Gebühren, auch weiterhin sichergestellt werden.

StR Funk lobt die Darstellung der Vorlage und signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion. Es sei jedoch nicht gut, dass die Verwaltung durch diese Vorlage erneut versuche das letzte Kindergartenjahr zu kippen.

StR Walter äußert die Ablehnung zur Vorlage vonseiten der CDU-Fraktion. Die Darstellung auf Seite drei sei wichtig, um mehr Transparenz herzustellen. Die Ermäßigung der Kindergartengebühren von 10 Prozent auf die Landesrichtsätze sei ein Antrag der CDU-Fraktion gewesen. Jetzt 480 000 Euro für ein kostenfreies letztes Kindergartenjahr in die Hand zu nehmen sei falsch. Dem bürokratischen Mehraufwand, der durch diese Maßnahme entstehe, könne mit großer Wahrscheinlichkeit nur durch eine Erhöhung des Stellengefüges begegnet werden.

StRin Hölz bezeichnet das kostenfreie letzte Kindergartenjahr als starkes Signal an die Familien. Die Fraktion werde der Vorlage vollumfänglich zustimmen.

StRin Etzinger begrüßt die neuen Aufnahmekriterien und die Regelungen zur Anschlussbetreuung. Aus Sicht der Freien Wähler-Fraktion stelle sich jedoch die Frage, wie lange sich die Stadt die ganzen Freiwilligkeitsleistungen bei der Kinderbetreuung, bei gleichzeitig so geringer Kostendeckung, leisten könne.

StR Edrich erklärt die vollumfängliche Zustimmung vonseiten der SPD-Fraktion und stellt die Frage, wie sich eine Warteliste bei der Kinderbetreuung mit dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz decke.

StR Heidenreich merkt an, dass es lange gedauert habe den Gemeinderatsbeschluss nun umzusetzen.

StRin Authaler gibt zu bedenken, dass die Aufnahmekriterien kritisch zu betrachten seien.

EBM Miller ergänzt, dass in dieser Thematik eine unheimliche Dynamik stecke. In den letzten Jahren seien die Betreuungsangebote zunehmend in Anspruch genommen worden. Des Weiteren sei es richtig, dass ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz bestehe. In der Regel werde auch ein passender Kindergartenplatz gefunden. Es könne jedoch trotzdem vorkommen, dass

## Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 15.10.2020

sich Eltern einen Platz in ihrer Wunscheinrichtung vorreservieren lassen und deshalb auf eine Warteliste aufgenommen würden.

StR Schmogro merkt an, dass aus Sicht der konfessionellen Träger durch das kostenfreie letzte Kindergartenjahr einzig der Sozialhaushalt des Landkreises eine finanzielle Entlastung erfahre. Durch die Maßnahme werde keine Entlastung für sozial Schwache erreicht. Dies wird von EBM Miller bestätigt.

StR Funk widerspricht StR Walter und weist darauf hin, dass es sich beim zehnprozentigen Abschlag der Kindergartengebühren, der bereits im Jahr 2013 beschlossen wurde, um einen Antrag der FDP-Fraktion gehandelt habe.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss bei 9 Ja-Stimmen, 5 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich folgenden

### **Beschluss:**

**Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß der Beschlussvorlage der Verwaltung zu beschließen.**

**TOP 3. Rezertifizierung "Familienbewusste Stadt Plus" im Jahr 2021 / 2020/173  
Antrag der CDU Fraktion auf Erstellung eines Familienberichts**

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2020/173 zur Kenntnisnahme vor.

Stv. Amtsleiterin Engelhardt führt in das Thema ein und erläutert, dass dieses Thema bis nach der Rezertifizierung der Stadt Biberach als Familienbewusste Stadt Plus im Herbst 2021 zurückgestellt werden solle. Auf Grundlage dieser Ergebnisse solle entschieden werden, in welchen Teilbereichen die Stadt weitere Verbesserungen für Familien anstrebe.

StRin Authaler äußert sich wie folgt: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zeidler, Frau Engelhardt, meine Damen und Herren. Familien darin zu unterstützen, ihr Leben nach den eigenen Vorstellungen gestalten zu können, ist das Ziel einer guten Familienpolitik. Dafür brauchen Familien vor allem Zeit für Kinder und Beruf, finanzielle Stabilität und eine gute Kinderbetreuung. So steht es auf der Startseite des Bundesbündnisses für Familien. Die Stadt Biberach ist mit ihrer Familienpolitik sehr positiv unterwegs, was die Zertifizierung zur Familienbewussten Kommune Plus im Jahre 2017 auch deutlich gezeigt hat. Aber stehenbleiben darf man auch in dem Bereich nie. Familie sollte immer im Fokus sein, egal um welches Thema es sich innerhalb einer kommunalen Verwaltung handelt. Wir von der CDU unterstützen die Rezertifizierung und sind sehr gespannt auf die Ergebnisse. Diese Ergebnisse sind dann die Basis für das weitere Vorgehen, um die Familienpolitik von Biberach weiter zu entwickeln. Die Stichworte Integration und Quartiersentwicklungen sind genannt. Für die Zusammenarbeit mit dem lokalen Bündnis, vor allem mit der Verankerung innerhalb der Verwaltung durch die Person Frau Engelhardt, möchte ich mich ganz persönlich bei Ihnen und bei Frau Engelhardt bedanken. Eine Frage: Muss es kein Beschluss sein?“

StR Dr. Brüggemann erklärt, dass die Rezertifizierung einen Blick auf wichtige kommunalpolitische Entwicklungen werfe. Die Stadt Biberach könne sich dadurch ein weiteres mal von unabhängiger Seite evaluieren lassen und wertvolle Hinweise aufnehmen. Es stelle sich nun jedoch die Frage, was in den Monaten passiere, in denen das alte Zertifikat nicht mehr gelte und noch kein neues ausgestellt wurde.

StR Heinkele merkt an, dass der Antrag der CDU gut sei und begrüßt den Vorschlag dieses Thema vorerst zurückzustellen.

Die SPD-Fraktion stehe laut StR Edrich sowohl der Rezertifizierung als auch dem Familienbericht positiv gegenüber. Es sei wichtig Informationen zu sammeln, auszuwerten und daraus einen Plan zu erstellen, der auch umgesetzt werde.

Stv. Amtsleiterin Engelhardt erklärt, dass das Zertifikat bestand habe bis die Rezertifizierung abgeschlossen sei.

OB Zeidler ergänzt, dass diese Vorlage lediglich eine vorläufige Zwischeninformation sein solle.

**Damit hat der Hauptausschuss Kenntnis genommen.**



**TOP 4. Digitalisierung historischer Biberacher Zeitungen**

**2020/222**

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2020/222 zur Kenntnisnahme vor.

Sachgebietsleiterin Maerker macht deutlich, dass ein großer Teil der Gesellschaft erwarte, dass Informationen in digitaler Form jederzeit zur Verfügung stünden. Bei den Zeitungen handle es sich um Quellen von großer historischer Bedeutung für die Orts- und Regionalgeschichte, die sehr häufig genutzt und ausgewertet werde. Zudem seien Zeitungen eine wichtige Ergänzung der amtlichen Aktenüberlieferung und können auch von Interessierten, die nicht der alten deutschen Schreibrift mächtig seien, gelesen werden.

StR Funk spricht seinen Dank aus und verdeutlicht die Zustimmung vonseiten der FDP-Fraktion.

StR Schmogro begrüßt das Vorhaben und fragt ob der Gesamtbetrag noch in diesem Jahr abgerechnet werde. Aus der Vorlage werde nicht ersichtlich weshalb die Digitalisierung der Zeitungen nicht auch für den Zeitraum nach 1945 erfolge und ob auch andere regionale Zeitungen digitalisiert werden.

StR Dr. Schmid hält es für wichtig ein Programm mit automatischer Texterkennung zu wählen.

StR Dr. Metzger bringt die begeisterte Zustimmung vonseiten der Grünen-Fraktion zum Ausdruck.

StR Heidenreich möchte wissen, weshalb die Digitalisierung im Jahre 1945 ende und wann genau die digitalen Ausgaben der Allgemeinheit zur Verfügung stünden.

Sachgebietsleiterin Maerker erklärt, dass das Kreisarchiv auch andere regionale Zeitungen digitalisiere. Es sei derzeit nicht möglich auch die Zeitungen nach 1945 zu digitalisieren, da die Rechte dafür bei der Schwäbischen Zeitung lägen.

StR Dr. Schmid möchte wissen, ob es möglich wäre eine Vereinbarung mit der Schwäbischen Zeitung zu treffen, um auch die Zeitungen nach 1945 zu digitalisieren.

Sachgebietsleiterin Maerker stellt in Aussicht, eine solche Vereinbarung auf den Weg zu bringen. Die Digitalisierung erfolge mit Texterkennung, sodass nach bestimmten Begriffen oder Zeichenfolgen recherchiert werden könne.

**Damit hat der Hauptausschuss Kenntnis genommen.**

**TOP 5. Bekanntgaben und Verschiedenes**

**TOP 5.1. Bekanntgaben und Verschiedenes - Absage Christkindlesmarkt**

StR Walter äußert seinen Unmut bezüglich des Vorgehens beim Christkindlesmarkt. Aus Sicht der CDU-Fraktion hätte darüber heute problemlos im öffentlichen Teil beraten werden können.

OB Zeidler verweist auf die Tatsache, dass die Thematik in der kommenden Sitzung des Gemeinderates öffentlich beraten werde, woraufhin StR Walter entgegnet, dass der Hauptausschuss auch schon in der heutigen Sitzung im öffentlichen Teil einige Leitlinien festlegen hätte können, da dieses Thema für viele Bürger von großem Interesse sei.

OB Zeidler appelliert an ein geschlossenes Auftreten vonseiten des Rates. Bevor über dieses Thema in der kommenden Sitzung des Gemeinderates öffentlich beraten werde, solle heute zuerst eine nicht öffentliche Vorberatung stattfinden. Dieses Vorgehen habe sich bewährt.

**TOP 5.2. Bekanntgaben und Verschiedenes - Ablauf der Bürgerfragestunde**

StR Heidenreich erkundigt sich nach der Möglichkeit, die Fragen bei der Bürgerfragestunde zukünftig auch schriftlich zu beantworten.

OB Zeidler erklärt, dass diese Thematik zusammen mit dem Ältestenrat besprochen werde.

**TOP 5.3. Bekanntgaben und Verschiedenes - Umweltpapier**

StRin Hauschild regt an, künftig öfter Umweltpapier zu verwenden.

OB Zeidler dankt für den Hinweis.

**Hauptausschuss, 15.10.2020, öffentlich**

**Zur Beurkundung:**

Vorsitzender: ..... Oberbürgermeister Zeidler

Stadtrat: ..... Heinkele

Stadtrat: ..... Walter

Schriftführer: ..... Gnann

Gesehen: ..... EBM Miller

Gesehen: ..... BM Kuhlmann